

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme der  
Sonn- und Festtage.

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil.  
Die Seite 15 Goldpfennige  
b) im Reklameteil.  
Die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag.

Für Platzvorschriften kann  
keine Gewähr übernommen  
werden.

Geschäftsstand für beide Teile  
ist Calw.



**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich, mit Trägerlohn.  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld.

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht  
kein Anspruch auf Lieferung der  
Seitung oder auf Rückzahlung des  
Bezugspreises.

**Sprechstunde Nr. 9.**  
Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele.  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei.

Nr. 41 Freitag, den 19. Februar 1926. 100. Jahrgang.

# Maßnahmen gegen die Wirtschaftsnot.

## Das Programm des Reichsfinanzministers.

**19. Febr.** Der Haushaltsausschuß des Reichstags trat gestern zu einer Sitzung zusammen, der der Reichsfinanzminister und die Kabinettsmitglieder beiwohnten. Der Zweck dieser Sitzung war die Erörterung einer Regierungserklärung über die finanzielle Lage des Reiches und über die Stellungnahme zu den sozialpolitischen und wirtschaftlichen Forderungen, die in den anderen Reichstagsausschüssen von den Parteien gestellt worden sind. Zu Beginn nahm

**Reichsfinanzminister Dr. Reinhold** das Wort: „Ich möchte in den Vordergrund die Tatsache stellen, daß wir uns zu den im Reichstag angekündigten Steuererleichterungen nicht deshalb entschlossen haben, weil etwa eine besonders günstige Lage uns in die Möglichkeit dazu versetzt, sondern weil wir überzeugt sind, daß wir wirtschaftlich so in Not sind, daß zu dem Programm der Reichsregierung auch Steuererleichterungen gehören. Die Regierung ist sich aber vollkommen klar, daß durch Steuererleichterungen allein die Not nicht behoben werden kann. Außer den Steuererleichterungen hat das Kabinett sich in den letzten Tagen sehr ernsthaft und eingehend mit anderen Fragen beschäftigt, die es möglich machen werden, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Vermutlich wird schon in den nächsten Tagen die Frage zum Abschluß kommen, daß die Reichsregierung der Reichsbahngesellschaft eine gewisse Summe zur Verfügung stellt, damit die Reichsbahn dräuend notwendige Investitionen vornehmen kann.“

Ich kann nicht einsehen, warum tausende deutscher Arbeiter unbeschäftigt sein sollen, während auf der anderen Seite die Eisenbahnen schon aus Gründen der Betriebssicherheit außerordentliche Neuanfassungen nötig haben und nur aus Gründen der Finanzierung das scheitert, was Tausenden Brot und Arbeit gibt und die Betriebssicherheit gewährleistet. Das Programm der Regierung beschränkt sich also nicht nur einseitig auf die Steuererleichterung, sondern hat die Behebung der Notlage zum Ziel, und darauf müssen alle Kräfte konzentriert sein. Darum muß sich die Regierung mit dem Reichstag zu einer Notgemeinschaft zusammenschließen.“

Zu den Steuererleichterungen ist in der Debatte von einigen Rednern angedeutet worden, sie seien ein Sprung ins Dunkle. Ich muß deshalb einige Zahlen aus dem Etat mitteilen. Der Etat 1925 wird vermutlich mit einem, wenn auch nicht erheblichen Ueberschuß abschließen. Der Ertrag der Steuern wird vermutlich noch etwas über die Schätzungen im Haushalt hinausgehen.“

Bei der Vermögens- und Erbschaftsteuer werden die Beträge allerdings nicht erreicht. Aber der Ausfall wird wettgemacht durch die Ergebnisse der Einkommensteuer, die vermutlich etwas höher sein werden und durch die Zölle, die nach dem Januarergebnis mit einem nicht unerheblichen Plus abschließen. (Hört, hört! links.) Den Windertrag aus den für 1926 vorgeschlagenen Steuererleichterungen habe ich auf etwa 550 Millionen geschätzt. Herangezogen werden der Müzzgewinn von 1926 mit 183 Millionen, 47 Millionen Minderausgaben und Mehreinnahmen im Etat der Reichsbahn, 173 Millionen aus verfügbaren Kassenbeständen unter Mitverwendung des eventuellen Ueberschusses von 1925. Der Rest von 197 Millionen auf Anleihen, 127 Millionen des Extra-Ordinariums und 70 Millionen der E-Schahscheine, das würde dann in einem Nachtragsetat dem Reichstag vorgeschlagen werden.“

Ehe wir uns zu den Steuererleichterungen entschlossen, haben wir auch eine genaue Uebersicht über das Etatsjahr 1927 aufgestellt.“

Für 1927 rechnen wir mit einer Gesamtausgabe von 4996 Millionen gegen 4782 Millionen im Jahr 1926. Diese Erhöhung ist dadurch notwendig, daß wir für die Reparationsleistungen 965 Millionen einsehen müssen. Der Betrag für die einmaligen Ausgaben ist von 249 auf 267 Millionen erhöht worden. Die Deckung dieser für 1927 notwendigen Summe ist so gedacht: Für 1926 sind etatisiert 4874 Millionen durch Steuern und Zölle, für 1927 nur 4724 Millionen, weil wir den Ausfall an Umsatzsteuer in Rechnung stellen müssen. Dagegen haben wir die Einnahmen erhöht, und zwar die Einkommens- und Körperschaftsteuer um 300 Millionen und die Vermögenssteuer um 50 Millionen. 1926 erbringt aus Steuern aus freiem Einkommen nur 900 Millionen, alle übrigen Steuern sind vorläufig halber nur mit denselben Beträgen eingesezt wie 1926. Von den 4727 Millionen aus Steuern und Zöllen müssen den Ländern und Gemeinden 2421 Millionen überwiesen werden, 34 Millionen mehr als 1926. Die Zölle und Verbrauchssteuern werden sich erhöhen, auch die Biersteuer, deren Erhöhung erst am 1. April in Kraft tritt und deren Erträge erst zu einer gewissen Zeit eingehen. Den Ertrag aus dem Branntweinmonopol haben wir mit 28 Millionen höher eingesezt. Insgesamt rechnen wir mit einem Ertrag von 200 Millionen aus dem Branntweinmonopol. Die Zölle sollen einen Mehrbetrag von

120 Millionen gegen 1926 bringen. Die Verwaltungseinnahmen haben wir für 1927 von 185 auf 233 Millionen gesteigert. Die Vorzugsaktien der Eisenbahn bekommen wir 1927 voll verzinst. Das macht 18 Millionen mehr. Von der Post erhalten wir statt 20 Millionen im Jahre 1927: 50 Millionen. Das ergibt insgesamt, daß den Ausgaben des ordentlichen Etats von 4996 Millionen Einnahmen von 4826 Millionen gegenüberstehen, so daß sich ein Defizit von 170 Millionen ergibt. Das Reich denkt zunächst nicht daran, an den Anleihemarkt zu gehen, aber wenn wir an ihn appellieren wollen, so glauben die Bankfachverständigen, insbesondere der Herr Reichsbankpräsident Dr. Schacht, daß ein solcher Apell mindestens jetzt erfolgreich sein würde.“

Selbstverständlich sind die gesamten Reparationsleistungen für 1927 mit 975 Millionen in den ordentlichen Etat eingesezt.“

Es wird nicht daran gedacht, etwa hier zu einer Pumpwirtschaft zu kommen. Wir wollen lediglich die wirklich werdenden Ausgaben, die in Zukunft wieder späteren Generationen zu Gute kommen, auf dem Wege der Anleihe decken. Wenn wir die Steuererleichterungen durchführen, wird unser Etat außerordentlich angespannt sein. Wir werden Mühe haben, mit den vorhandenen Mitteln durchzukommen, aber wir ordnen diese von uns nicht unterschätzten Schwierigkeiten dem großen Ziele unter, jetzt zur Ueberwindung der Krise zu kommen. Wir können dieses Ziel nur dann erreichen, wenn Reichstag und Reichsregierung einig sind, hinter die Erreichung dieses Zieles alle anderen Wünsche zurückzustellen und nur mit geschlossenem Willen auf diese große Aufgabe zuzugehen.“

Nachdem der Reichsfinanzminister seine Rede beendet hatte, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und der Bayerischen Volkspartei im Gegensatz zu den Wünschen der Regierung mit 15 gegen 13 Stimmen beschlossen, die Aussprache über die Regierungserklärung zu vertagen, bis die Rede im Wortlaut vorliegt, was voraussichtlich am Freitag der Fall sein wird.“

**Reichsminister Dr. Brüning** nahm darauf das Wort, um den Ausschuß dringend zu ersuchen, sofort in die Besprechung einzutreten, da die Regierung möglichst rasch Klarheit über die Stellung des Reichstages zu ihrem Programm haben müsse. Dieses Programm sei als eine Einheit zu betrachten, die zerstückt würde, wenn auf irgend einem Gebiet zu Mehrausgaben geschritten würde. Die angekündigten Steuererleichterungen würden auch sonst nicht durchführbar sein. So sehr die Regierung die Notlage der Erwerbslosen anerkenne, sei es doch unmöglich, sehr weitgehenden Forderungen auf diesem Gebiet Rechnung zu tragen. Die Regierung erblide ihre Aufgabe darin, statt Geldunterstützungen Brot und Arbeit für die Erwerbslosen zu schaffen. Die ganze Politik der Steuerherabsetzung sei natürlich nur möglich, wenn die Wirtschaft sich nicht noch weiter katastrophal verschlechtere. Bei einer Verschlechterung der Wirtschaft würden die Wirkungen unübersehbar sein. Wir würden eines Tages mit leeren Kassen dastehen. Der Reichsminister bat die Parteien dringend, die Mahnung des Finanzministers zur Sparsamkeit bei der Etatsberatung zu beachten.“

**Reichsarbeitsminister Dr. Brauns** schloß sich den Erklärungen des Reichsfinanzministers und des Reichsministers an. Er betonte, auch in seinem Ressort sei es unmöglich, auf irgend einem Gebiet zu erhöhen, wenn nicht das ganze Wirtschaftsprogramm der Regierung gefährdet werden soll.“

**Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius** verbreitete sich über die Maßnahmen, mit denen die Regierung, abgesehen von den Steuererleichterungen zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft und zu einer Besserung des Arbeitsmarktes beitragen wolle. Der Reichsbahn solle ein Hundertmillionen-Kredit zur Inangriffnahme notwendiger Erneuerungsarbeiten gegeben werden. Außerdem sollten 300 Millionen Mark der Industrie als Betriebskredit für die Herstellung von Exportwaren für Ausland zur Verfügung gestellt werden. Weiter solle der Abschluß der Handelsverträge beschleunigt betrieben werden. Der Minister kündigte ferner Maßnahmen gegen Kartelle an, sowie die Anlage eines Kartellamtes und eines Kartellregisters.“

## Neuregelung der Erwerbslosenunterstützung.

**Einigung im Reichstag über die Erwerbslosensätze.**  
**19. Febr.** Im Reichstag kam am Donnerstagabend nach mehrstündiger Verhandlung über die Erwerbslosensätze zwischen der Regierung und den Regierungsparteien eine Verständigung zustande. Die Regierungsparteien werden daher in der Sitzung des Reichsbahnausschusses am Freitag einen gemeinsamen Antrag einbringen, der auch bereits die Billigung der Reichsregierung gefunden hat. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Beschlüsse des Ausschusses in diesem Falle

## Tages-Spiegel.

- Der Reichsfinanzminister gab im Haushaltsausschuß Auskunft über die Finanzlage des Reiches.
- Im Haushaltsausschuß gaben der Wirtschaftsminister und der Arbeitsminister die Pläne der Regierung zur Wiederbelebung der Wirtschaft bekannt.
- Zu Reichstag wurde in die Besprechung des Etats des Reichsarbeitsministeriums eingetreten.
- Der Reichsrat nahm gestern das deutsch-französische vorläufige Handelsabkommen an.
- Der Auswärtige Ausschuß tritt heute zu einer Beratung über die beabsichtigte Vernehrung der Sitze im Völkerbund zusammen.
- Während Frankreich nach wie vor für die Zuteilung eines Ratsitzes an Polen eintritt, hält sich England neutral und abwartend.
- Die Finanzkommission des französischen Senats hat gestern die Besprechung der einzelnen Artikel der Vorlage des Finanzministers mit einigen Änderungen angenommen.
- Im englischen Unterhaus brachte am Donnerstag der Kolonialsekretär Amery den Regierungsvorschlag ein, der vom Parlament die Billigung des zwischen England und dem Irak abgeschlossenen Mandatsverlängerungsvertrages erbittet.
- Die Mosel führt steigendes Wasser, das auf Unwetter zurückzuführen ist, die in den letzten Tagen niedergegangen sind. Die Mosel steigt stündlich um 15 Zentimeter, die Saar sogar um 20 Zentimeter.
- Bei einem Lawinenunglück im Staate Utah (Vereinigte Staaten) sind 115 Personen ums Leben gekommen.

nur ein Gutachten darstellen, da die erwähnten Fragen im Wege der Berordnung geregelt werden sollen. Dieser gemeinsame Antrag lautet folgendermaßen:

Die Unterstützungsätze in der Erwerbslosenfürsorge werden in den Ortsklassen A, B und C mit sofortiger Wirkung erhöht. Für Alleinstehende unter 21 Jahren um 20 Prozent, für Alleinstehende über 21 Jahre um 10 Prozent, für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger, sofern diese bereits 8 Wochen nach einander unterstützt worden sind, ebenfalls um 10 Prozent. Die Höchstgrenzen sind nicht geändert worden. In der Berücksichtigung der Kinderzahl tritt keine Änderung ein.“

## Um die Erweiterung des Völkerbundes.

**Heute Sitzung im Auswärtigen Ausschuß.**  
**19. Febr.** Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags ist auf Freitag vormittag 11 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt das Thema „Völkerbundsatz“. Die Stellungnahme der Reichsregierung.

**19. Febr.** Zu der in der letzten Zeit viel behandelten Frage der Erweiterung der Ratsitze im Völkerbund wird der Telegraphen-Union von bestunterrichteter Seite noch folgendes mitgeteilt:

Die Reichsregierung hat in den Verhandlungen der letzten Zeit unverändert ihren Standpunkt dahin gekennzeichnet, daß eine Schaffung neuer Ratsitze bei dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durch die maßgebenden Mächte des Völkerbundes für die deutsche Regierung eine neue Situation schaffen würde, die die deutsche Regierung vor die Notwendigkeit neuer Entscheidungen stellen würde. Die Reichsregierung hält unverändert an dieser Stellungnahme fest. Sollte tatsächlich eine derartige Lage eintreten, so kann über den Ernst derselben kein Zweifel bestehen. Den alliierten Mächten ist im Lauf der letzten Zeit über den Standpunkt der deutschen Regierung volle Klarheit gegeben worden. Die deutsche Regierung hat auch entgegen verschiedenen anderslautenden Berichten in dieser Frage in keiner Weise irgendwelche Kompromisse getroffen oder Zugeständnisse gemacht.“

## Frankreich und die Ratsitze.

**19. Febr.** Der am Mittwoch erfolgte Schritt des deutschen Botschafters am —uai d'Orsay wird immer noch lebhaft von der Presse erörtert. Man mißt der Aussprache größte Bedeutung bei. Die Abendblätter besprechen ausführlich den Stand des Problems der Vernehrung der Ratsitze. Uebereinstimmend verlangen die Blätter einen ständigen Ratsitz für Polen.

...ste Börse;  
...berg und  
...n märz. 142  
...; Winters  
...32,25—35,5;  
...entferte 9,20  
...den 23 bis  
...Widen 21,5  
...—15; Sera-  
...19,80—20;  
...18,80—19;  
...ren, 6 Käf-  
...inder 1. 50  
...35; Farren  
...telmäßig.  
...Landbutter  
...r, 127 Käf-  
...1 40—42;  
...l. 42—44;  
...l. 70—74;  
...mäßig be-  
...ilchschweine  
...ie 37—41;  
...ufer 50 bis  
...terchweine  
...Berste 8.70  
...n 9—9.30,  
...erfte 10 bis  
...40, Haber  
...aber 8—9,  
...tmer.  
...n Bienen- und  
...bäulichen Bie-  
...ranz“.  
...bruar,  
...ng  
...eingeladen.  
...ewaschen  
...gebügelt  
...geliefert  
...von der  
...herel  
...ix“  
...gen  
...en, Vor-  
...enden.  
...Stelle:  
...anger  
...L. W-  
...straße 23.  
...anns  
...Ralk  
...r Vieh und  
...Allerbeste,  
...die  
...rollen  
...empfiehlt  
...holz  
...endbach.  
...3r. Trag-  
...sen. Wer,  
...stelle ds. Bl.  
...e  
...W  
...lung.

## Kleine politische Nachrichten.

Die Gewerkschaften beim Reichswirtschaftsminister. Auf Einladung des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius fand im Reichswirtschaftsministerium eine Aussprache mit den Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen statt. Dr. Curtius betonte, daß er größten Wert auf eine dauernde Fühlungnahme mit den Gewerkschaften und auf die dauernde Herstellung eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses lege. Er ging dann näher auf die großen schwebenden Fragen, wie z. B. die schwere Lage der Ruhrlohlenindustrie, den Wohnungsbau, die Frage der Schaffung einer Exportkreditversicherung zur Belebung der Wirtschaft u. a. ein. Der Minister kündigte eine Denkschrift der Regierung an, die sich mit den einzelnen aufgeworfenen Problemen beschäftigen wird.

Weißrusslands Dank an Hindenburg. Die Regierung der weißrussischen Volksrepublik sandte aus Minsk an den deutschen Reichspräsidenten und die Reichsregierung folgendes Telegramm: Am Dienstag vor 10 Jahren erklärte der ruhmreiche Oberbefehlshaber Ost, Generalfeldmarschall von Hindenburg, durch seinen Erlaß die weißrussische Sprache und Schule für gleichberechtigt mit der deutschen, litauischen und polnischen Sprache und Schule. Das 15 Millionen-Volk der Weißruthenen gedenkt am heutigen Tage seines hochmütigen Freundes und des bestreuten großen Deutschen Volkes.

Die Wohnungsnot im besetzten Gebiet. Regierungspräsident Graf Adelsmann wollte am Mittwoch in Euskirchen, um sich von der großen Wohnungsnot der Stadt zu überzeugen, die bereits zu ganz unerträglichen Verhältnissen geführt hat. Die Stadt ist die einzige im Regierungsbezirk Köln, die von fremden Truppen belegt ist. Es befinden sich hier noch ein großes Munitionslager und ein Flugplatz, außerdem 4 französische Fliegerkompagnien.

Die Fürsorge für die politischen Gefangenen im besetzten Gebiet. Über die Lage der politischen Gefangenen, die sich gegenwärtig noch in den Händen der Besatzungsmächte befinden, wird von unterrichteter Seite Folgendes mitgeteilt: Die Reichsregierung sieht es als ihre besondere Pflicht an, den vor die alliierten Gerichte gezwungenen Deutschen besondere Hilfe zu gewähren. Die Regierung hat Vertreter ins besetzte Gebiet entsandt, die sich der Gefangenen anzunehmen haben, sowie Verteidiger stellt. Die Fürsorge der Gefangenen liegt ferner in den Händen des Roten Kreuzes. Zur Zeit befinden sich 180 Verurteilte im besetzten Gebiet noch in Haft und zwar 10 in der belgischen Zone, 10 in der britischen, und 160 in der französischen Zone.

Keine Aufhebung des Visumzwanges im deutsch-belgischen Grenzverkehr. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, hat eine Anfrage im belgischen Ministerium des Äußeren ergeben, daß die Gerichte, die von einer bevorstehenden Aufhebung des Visumzwanges im deutsch-belgischen Grenzverkehr sprechen, unbegründet seien.

Bevorstehende Ratifikationsdebatte im Unterhaus. Die Arbeiterpartei im engl. Unterhaus hat einen Antrag eingebracht, der den Wunsch ausdrückt, die Regierung möge außer der Zuteilung eines Ratifikationsantrags an Deutschland die weitere Vermehrung der ständigen Ratifikations nicht unterstützen, da die Gewährung der Forderung anderer Mächte als ein Verstoß gegen das Abkommen von Locarno betrachtet werden könne. Der Antrag wird wahrscheinlich vor der Abreise Chamberlains nach Genf am 6. März zur Beratung gelangen.

Kanada und Locarnovertrag. Die kanadische Regierung wird dem Parlament eine Entschließung vorlegen, in der sie erklärt, daß Kanada dem Locarnovertrag nicht beitreten werde, da dieser eine europäische Angelegenheit sei. Kanada wünsche nicht, irgendwelche Bürgschaften für den territorialen Besitz eines europäischen Staats zu übernehmen.

Mittrauensantrag der Deutschen im tschechischen Abgeordnetenhaus. Der Deutsche Verband hat in der Dienstagssitzung des Abgeordnetenhauses gemeinsam mit der deutschen Nationalpartei und unterstützt von den Sozialdemokraten und den Kommunisten einen von mehr als 100 Abgeordneten unterzeichneten Antrag überreicht: Die Regierung wegen Verletzung des international verbürgten Sprachenschutzes der nationalen Minderheiten das Mittrauen auszusprechen.

Die Balkonferenzen der Balkanmächte im März oder April. Nach Mailänder Blättermeldungen wird die erste Konferenz der Balkanmächte unter Teilnahme der Türkei zur Beratung über einen gemeinsamen Pakt im März oder im April in Bukarest stattfinden.

Abd el Krims Aufmarsch gegen Frankreich. Aus Tetuan wird gemeldet: Abd el Krim konzentriert seine Truppen bei Schemawan als Reservisten gegen die französische Front. Auch die in der Chomarrat angeammelten Truppen sind nicht gegen die spanische, sondern gegen die französische Front gerichtet.

Die Heeres- und Marinevorlagen im amerikanischen Senat angenommen. Die Heeres- und Marinevorlage, die für das Heer 330 Millionen und für die Marine 321 Millionen Dollar vorsieht, wurde von dem Senat angenommen. In der Senatsdebatte wurde von der Opposition hervorgehoben, daß die Marinevorlage höher als die Englands sei. Für die Ergänzungsbauten im Luftwesen werden wahrscheinlich 100 Millionen Dollar verwandt. Unter den vorgesehenen Ergänzungsbauten figurieren 100 Flugzeuge, 2 Zepeline und ein Schulluftschiff. Lafehurst soll als Flughafen bestehen bleiben.

Ein Abkommen zwischen Tschang Tso Bin und Wu Pei Fu. Tschang Tso Bin und Wu Pei Fu sind, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, zu einem Abkommen über eine künftige Zusammenarbeit gelangt. Tschang Tso Bin wird nicht selbst nach Peking marschieren, sondern mit der militärischen Besetzung der Hauptstadt durch Wu Pei Fu und der Einsetzung einer verfassungsmäßigen und repräsentativen Regierung daselbst einverstanden sein. Tschang Tso Bin beabsichtigt, weder seine Armee, noch Gerichtsbarkeit über die Punkte, die gegenwärtig von seinen Truppen südlich der großen Mauer besetzt sind, auszuweiten. Wu Pei Fu's Streitkräfte bring-

## Amtliche Bekanntmachungen

Verleihung von Feuerwehrdienstzeichen.

Es wird hiermit auf den Erlaß des Ministeriums des Innern vom 20. Januar 1925 Min.-A.-Bl. S. 7 und vom 1. November 1906 Min.-A.-Bl. S. 321 betr. Verleihung des Feuerwehrdienstzeichens hingewiesen.

Die Gemeindebehörden wollen hienach ihre Anträge bis spätestens 10. März 1926 beim Oberamt unter Benützung des vorschriftsmäßigen Formulars einreichen.

Calw, den 18. Februar 1926.

Oberamt: Rippmann.

gen in der Provinz Honan langsam vor, wo ihnen der dortige Gouverneur und seine militärischen Verbündeten hartnäckigen Widerstand entgegensetzten.

## Ein aufrichtiges Urteil.

Ein Franzose über die Bedrückung Südtirols.

Lu Paris, 18. Februar. In der „Volonté“ geht der französische Sozialist Longuet auf die Tiroler Frage ein. Die Lage Südtirols, sagt er, habe sich erst mit der Entwicklung des Faschismus wirklich verschlechtert. Mussolini habe nur sehr wenig von dem systematischen Kampf gegen die deutsche Sprache und gegen die deutschen Schulen gesprochen. In den 400 Schulen sei aber in Wirklichkeit der Unterricht in der deutschen Sprache vollkommen untersagt. Alle Lehrstunden würden nur noch italienisch gegeben, das die Kinder nicht verstanden. Das ausgezeichnete frühere deutsche Unterrichtssystem, das das Analphabetentum in Tirol vollkommen abgeschwächt hätte, sei durch das italienische System erwidert worden, unter dem es 40 Prozent Analphabeten gebe. Die unglücklichen Tiroler hätten keine Schulen, keine selbstgewählten Gemeindevertreter und keine Zeitungen mehr. Selbst Vorträge über die Kunst und die Literatur Südtirols würden verboten. Es sei vergebens, wenn sich französische Kreise mühten, ein plummes Ablenkungsmanöver zu schaffen, indem sie Protestbewegungen in Oesterreich und in Deutschland als den deutschen Drang nach dem Süden hinstellten. Die Protestbewegung mache sich nicht nur in Oesterreich und Deutschland, sondern auch in England, Skandinavien und in Amerika, ja selbst in gewissen französischen Kreisen geltend.

## Aus dem englischen Unterhaus.

England und die Dominions.

In der gestrigen Unterhausdebatte wurde Chamberlain gefragt, ob er die Dominions auch immer über seine Politik auf dem Laufenden gehalten habe, wobei besonders auf die Erklärungen verschiedener Dominions hingewiesen wurde, daß sie gegen eine Erweiterung des Völkerbundes seien. Chamberlain erwiderte, daß die Dominions rechtzeitig über alle Vorgänge in der Politik unterrichtet worden seien. Ein anderer Redner wies darauf hin, daß auch Canada auf Grund seiner Verdienste um den Völkerbund einen ständigen Ratifikationsanspruch hätte. Chamberlain ergriff im Laufe der Sitzung mehrmals das Wort und wies darauf hin, daß die Bestrebungen der Dominions immer wohlwollende Unterstützung des Mutterlandes finden würden, wenn sie im Interesse des britischen Reiches liegen würden. Auf eine Anfrage erklärte er weiter, daß der Grenzstreit in Irland nicht dem Völkerbund unterbreitet werden würde.

Chamberlain über die Besprechung mit Mussolini.

Im Unterhaus wurde am Mittwoch Chamberlain gefragt, ob er in Rapallo Mussolini gegenüber irgendwelche Verpflichtungen eingegangen sei. Darauf erklärte der Außenminister, daß es wohl nicht im öffentlichen Interesse liege, alle Einzelheiten der Besprechungen mit Mussolini mitzuteilen. Er könne nur versichern, daß er in Rapallo keinerlei Verpflichtungen eingegangen und daß beiderseits keine Bedingungen gestellt worden seien. Auf eine weitere Anfrage erklärte Chamberlain, daß die britische Regierung von der Sowjetunion noch keinen Vorschlag über die Eigentumsentschädigung britischer Staatsangehöriger in Rußland erhalten habe.

Die Londoner Arbeitszeitkonferenz.

Die Londoner Arbeitszeitkonferenz wird am 15. März ihre Arbeiten beginnen. Der englische Arbeitsminister erklärte im Unterhaus, daß sich erst ein begrenztes Gremium interessierter Staaten auf einer Basis einigen müsse, um dann auf einer großen internationalen Konferenz von 40 Staaten wirklich zu einer Einigung kommen zu können.

## Die Unsicherheit in Syrien.

Lu Paris, 18. Febr. Aus Jerusalem wird gemeldet, daß syrische Aufständische die Schienen der Eisenbahnlinie Damaskus-Haifa auf einer Länge von 100 Metern aufgerissen und einen Personenzug angegriffen haben. In einem Feuergefecht zwischen den Angreifern und der Begleitmannschaft des Zuges wurden zwei Fahrgäste getötet.

## Aus aller Welt.

400 000 Mark für den Dombau zu Mainz.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde ein Antrag der Verwaltung angenommen, daß für die Reparaturarbeiten an dem gefährdeten Dom eine Anleihe von 400 000 Mark aufgenommen werden soll. Die Stadt soll die Verzinsung und Amortisation auf 10 Jahre garantieren, wofür der Betrag von 50 000 Mark bewilligt wurde.

Masern-Epidemie in Straßburg.

In Straßburg herrscht seit Dezember eine scharfe Masern-Epidemie, der zahlreiche Schulkinder zum Opfer gefallen sind. Die Epidemie hat jetzt auch auf die Straßburger Garnison übergriffen; bisher sind 10 Soldaten gestorben.

Schweres Autounfall in Köln.

In Köln fuhr eine aus der Richtung Rodenkirchen kommende Lagameterdroschke, als sie einem anderen Auto ausweichen wollte, über die Verfüßelung in den Hafen. Nach Aussagen von Augenzeugen sollen sich in dem Auto außer dem Chauffeur noch 3 Personen befunden haben. Die Bergungsarbeiten des unter Wasser liegenden Wagens, der vollständig zertrümmert sein soll, sind im Gange. Die Leiche des Chauffeurs wurde geborgen. Die Suche nach den angeblichen Insassen wird fortgesetzt.

Erste Ueberfliegung der Alpen durch ein Leichtflugzeug.

Das von Regierungsbaumeister Klemm konstruierte Dalmier Leichtflugzeug L 20 hat (oben, ausgerüstet mit einem nur 19 PS leistenden Mercedes-Motor zweiflügelig das Groß-Kloster-Massiv überflogen. Diese hervorragende Flugleistung ist von Chefpilot S. Curiger und Dr. ing. W. von Langsdorff ausgeführt worden. Das Flugzeug D 818 ist von Stuttgart über München, Bad Reichenhall und durch Zell am See nach Villach (Kärnten) geflogen. Der trotz zumteil ungünstiger Witterung durchgeführte Flug führte über das Steinerne Meer, den Hochkönig und die Hohen Tauern (Groß-Kloster-Massiv). Diese doppelte Alpenüberquerung an einer der schwierigsten Stellen stellt eine außergewöhnliche Flugleistung dar. Es handelt sich um die erste Ueberfliegung der Alpen durch ein Leichtflugzeug und einen Leicht-Zweiflügler. Zu den bisherigen Alpenüberfliegungen sind bedeutend stärkere Motoren verwendet worden. Auch die Ueberlandflugleistung von rund 600 Km. ist für Zweiflügler dieser Klasse international unerreicht.

Absturz eines französischen Militärflugzeuges.

In Metz stürzte am Montag ein Militärflieger infolge eines falschen Landungsmanövers auf einen Schuppen, wobei der Benzintank des Flugzeuges in Brand geriet. Die beiden Insassen sind fortgesetzt.

Zusammenstoß in einem belgischen Ort wegen der Ausweisung von Klosterfrauen.

In Floraville kam es zu schweren Zusammenstößen, als auf Veranlassung des Stadtrates mehrere Klosterfrauen aus einer Volksschule gewaltsam entfernt werden sollten. Als die Schwestern ersucht wurden, die Schule zu verlassen, widersetzte sich ein großer Teil der Bevölkerung. Es mußte eine Gendarmerieabteilung aufgeboden werden, die aber nichts gegen die Menge ausrichten konnte. Es kam zu einer allgemeinen Schlägerei. Da der Gendarmerie verboten war, von der Waffe Gebrauch zu machen, mußte sie sich zurückziehen. Die Menschenmenge, die die Schwestern in Schutz nahm, wurde von zwei Abgeordneten geführt. Nachdem weitere Abteilungen herangezogen waren, stürmte die Gendarmerie mit gezogener Waffe die Schuleingänge. Es gelang dann schließlich, die Schwestern gewaltsam aus der Schule zu entfernen.

Ein Flug Madrid—Philippinen.

Im April findet ein Flug von Madrid nach den Philippinen statt, an dem sich drei Flugzeuge beteiligen werden, die eine Stundengeschwindigkeit von 220 Km. entwickeln und Brennstoff für 12 Stunden mitführen. Der Flug wird 25 Stunden dauern.

Studenten finanzieren einen Weltflug.

Zwei junge amerikanische Offiziere Ogden und Wade haben ihren Abschied eingereicht, um Anfang Juni einen Nordpolflug zu unternehmen. Die Studentenschaften der vier bekanntesten amerikanischen Universitäten wollen den Flug finanzieren.

Unglück oder Verbrechen?

Die „Deutsche Allg. Zeitung“ meldet aus Bombay: In einem 8 Meter tiefen Brunnen in einer einsamen Gegend des Rennplatzes von Baroda fand man am Montag morgen die Leiche der Frau des obersten Kommandierenden der Armee von Baroda, General Hesketh. Es ist noch nicht aufgeklärt, ob es sich um ein Verbrechen, oder um einen Unglücksfall handelt.

Eine Mutter mit 6 Kindern verbrannt.

In der Nähe Newports verbrannte während eines Feuers eine Mutter mit 6 Kindern. Dem Vater gelang es nur das lebende zu retten, wobei er selbst halb verbrannt aus den Flammen gezogen wurde.

## Gemeinden und Steuerprotest.

wp. Der Gesamtdorfsrat des württembergischen Gemeindetages nahm in seiner am 15. Februar stattgehabten Sitzung zu dem Steuerprotest von Industrie, Handel und Gewerbe vom 7. Februar folgende Stellung ein:

1. Die Gemeinden erkennen den harten Steuerdruck, der auf unserer Wirtschaft lastet und die Notwendigkeit zur Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung nicht, sie beantragen aber auch, in ihrer Finanzangelegenheit stets den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und äußerster Sparsamkeit beobachtet zu haben und weisen die Verallgemeinerung einiger gegenteiliger Entscheidungen entschieden zurück.

2. Es wird nachdrücklich die Tatsache hervorgehoben, daß in den kleinen Städten und Landgemeinden sowohl nach der Zahl als auch nach der Höhe der Besoldung der Beamten im Verhältnis zu den gestellten Aufgaben größtmögliche Sparsamkeit geübt wird und daß insbesondere die Einkünfte der leitenden Beamten der Gemeinden im Vergleich zu denen in der Privatwirtschaft recht bescheiden sind.

3. Die von Industrie, Handel und Gewerbe geforderte Revision des Gewerbesteuerfaktors für 1925 nach der Einkommen- und Körperschaftsteueranlage mit dem Ziel einer Ermäßigung würde gegen Charakter und Aufgabe der Steuer als Gegenleistungssteuer verstoßen und in die Finanzwirtschaft der Gemeinden unerträgliche Unsicherheit tragen. Das Gesamtgewerbesteuerfaktor betrug vor dem Kriege 175 Millionen Mark und wird 1925 etwa 145 Millionen Mark ergeben. Das Grundkataster wird nicht mehr wie früher mit Abzügen, sondern voll und zum Teil mit Zuschlägen besteuert. Auf dem Gebäudebesitz lastet die hohe Gebäudeversicherungssteuer. Die Ermäßigung des Gewerbesteuerfaktors würde deshalb gegen den Grund- und Gebäudebesitzer höchst ungerecht wirken. Sowohl Revision des Gewerbesteuerfaktors als auch dessen Abstellung auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer sind entschieden abzulehnen.

4. Weiter ist festzustellen, daß die Mittel der Gemeinden zum großen Teil für fremde Zwecke zu verwenden sind. So nehmen in vielen Bezirken die Amtskörperchaftsumlagen, welche in den Gemeindehaushaltsplan einzustellen sind, 10 und mehr Prozent der Steuerkataster in Anspruch. Ein anschauliches Bild von der traurigen Finanzlage der Gemeinden geben die 1908 Zuschußanträge an den Ausgleichsloshof, welche nach der zulässigen Gemeindeumlage noch einen ungedeckten Abmangel von 13,5 Millionen Mark nachweisen, während nur 2 Millionen auf den von den Aufsichtsbehörden streng geprüften Haushaltsplänen beruhen.

5. Endlich ergibt sich aus Ziffer 4, daß das geforderte Anordnungsrecht der Wirtschaftsverordnungen bei Genehmigung der Ueberführung des Umlagehöchstmaßes zu keiner fruchtbarer Tätigkeit, sondern nur zu einer Erweiterung, Verschleppung und Verteuerung der Verwaltungsgeschäfte führen könnte. Die Steuerbeschlüsse werden mit wenig Ausnahmen in den Gemeinderäten von den Vertretern der steuerpflichtigen Wirtschaftskreise selbst entschieden. Dieser Einfluß auf die gemeindliche Wirtschafts- und Steuerpolitik muß als genügend beachtet werden. Die Gemeinden müssen deshalb das Anordnungsrecht nachdrücklich ablehnen.

# Aus Stadt und Land

Calw, den 19. Februar 1926.

## Soziale Forderungen der deutschen Jugendverbände.

ep.— Von wesentlicher Bedeutung für die Öffentlichkeit sind die sozialen Forderungen des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände, der die Jugendpflege- und Jugendbewegungsverbände der Konfessionen, der Turnerschaftsjugend, verschiedenster Parteien einschließlich der sozialistischen und die Gruppen der Jugendbewegung im engeren Sinn umfaßt und zur Zeit über 3 1/2 Millionen junger Menschen vertritt. In wiederholten Beschlüssen hat er dem Ruf der deutschen Jugend nach ausreichender täglicher Freizeit Ausdruck gegeben und dabei kürzlich die Unterstützung der gesamten großen Wohlfahrtsorganisationen gefunden, wie z. B. der Liga der freien Wohlfahrtspflege, der Spitzenverbände des Gesundheitswesens, der Frauenverbände, Berufsschulorganisationen und sozialen Reformverbände. Ferner forderte er, daß auf jeden Fall für Jugendliche bis zu 18 Jahren der Achtstunden-Arbeitszeit oder eine 48stündige Arbeitswoche mit Rücksicht auf den jugendlichen Körper und die Gesamtentwicklung des jugendlichen Menschen keinesfalls überschritten werden sollte, zumal zur eigentlichen Arbeitszeit oft noch ein weiter Weg zur Arbeitsstätte und zurück hinzukommt. Der Reichsausschuß weist auf den Mißstand hin, daß nach § 4 der Verordnung über die Arbeitszeit um 6 Stunden wöchentlich auch für Jugendliche verlängert werden kann und oft zu einer mehr als 10stündigen Arbeitszeit ausgedehnt wird. Endlich fordern die Jugendverbände nachdrücklich für erwerbstätige junge Menschen gesetzliche Sicherung einer ausreichenden jährlichen Urlaubszeit. Man spreche viel von einer schöpferischen Pause, die für jedes Menschenleben nötig sei; Urlaubszeit sei aber bei den in der gegenwärtigen Wohnungsnot oft ungesunden Wohnräumen der Jugendlichen nötiger als je, und endlich sollten sie auch auf Ferienwanderungen ihre deutsche Heimat kennen lernen, wie die Jugend höherer Schulen in ihren Ferien.

Bemerkenswert ist, daß alle dahingehenden Beschlüsse des Reichsausschusses der Jugendverbände seltensgemäß einstimmig zu fassen sind und trotz der großen Verschiedenheit der Richtungen innerhalb derselben auch einstimmig gefaßt wurden. Für eine angemessene Verwendung der Freizeit haben die deutschen Jugendverbände in bedeutsamem Maß bereits von sich aus Einrichtungen getroffen. Der Evang. Verband für die weibliche Jugend Deutschlands ist mit der Errichtung von Landjugendheimen vorangegangen und fast alle Verbände besitzen jetzt schon Jugendheime und bauen sie aus. So ist also Gewähr geboten, daß die Freizeit der Jugend zu einem Quell leblicher Kraft und seelischer Erneuerung werde.

### Wetter für Samstag und Sonntag.

Von der Depression im Nordwesten ausgehende Randströmungen erhalten der Witterung ihren unbeständigen Charakter. Für Samstag und Sonntag ist wohl zeitweise aufsteigendes, im übrigen aber mehrfach bedecktes und auch zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

SCB Gaildorf, 18. Febr. Vergangene Woche kam hier der Arbeiter Ruoff auf tragische Weise ums Leben. Bei der Arbeit im Gipswerk kam er mit seiner Kleidung der Transmission zu nahe, so daß diese ihn erfaßte. Die Kleidung wurde zerrissen und Ruoff wäre frei gewesen, aber der ausgestandene Schrecken wirkte so stark auf ihn, daß der junge, hoffnungsvolle Mann an einem Herzschlag starb.

SCB Forstheim, 18. Febr. Das Pferdewerkzeug des Rosenwirts Theurer von Tiefenbrom wurde im Württemberg von einem entgegenkommenden Auto gestreift und stürzte über die hohe Böschung in die Wälder. Theurer, der von seinem Wagen eingeklemmt wurde, konnte erst nach einer halben Stunde aus seiner mißlichen Lage befreit werden. Äußere oder innere Verletzungen hat weder er noch sein Pferd davongetragen, aber das kalte Bad dürfte Theurer nicht gut bekommen sein.

SCB Stuttgart, 18. Febr. Die soziale Abteilung des Gemeinderats hat die Gewährung einer einmaligen außerordentlichen Notstandsbeihilfe beschlossen und zwar an alle Erwerbslosen und Bedürftigen, Sozial- u. Kleinrentner, die in laufender Unterstützung des Wohlfahrtsamtes stehen, an alle in besonderer Notlage befindlichen Kriegssopfer, und Sonderbeihilfen in den vorgenannten Fällen für Konfirmanden und Kommunitanten.

## Das Haus des Sonderlings.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.

53. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Sie sprechen da von Scheidung. Ihre Frau und auch die Luttons behaupten aber im Gegenteil, daß sie sich mit ihr völlig ausgezöhnt hätten und das gemeinsame Leben wieder aufnehmen wollten. Wie erklären Sie diesen Widerspruch?“

„Ich kann ihn gar nicht erklären. Ich weiß nur, daß ich mit keinem Gedanken daran dachte, mich auszusöhnen! Dies geht schon daraus hervor, daß ich mich mit Fräulein Siebert verlobt hatte.“

„Unter welchem Namen — jawohl! Sehr für den Ernst dieser Verlobung spricht das nicht!“

„Es war und ist mir heiliger Ernst damit!“

„Warum nannten Sie sich denn dann Brand? Und gaben sich für einen einfachen Reisenden aus?“

„Aus Gründen persönlicher Natur, die hier wohl nicht zur Sache gehören.“

„Ich möchte Sie trotzdem bitten, sie zu nennen.“

„Nun denn: Ich war einmal schwer gefaßt worden, weil ich ein... reicher Mann war! Diesmal wollte ich um meiner Selbstwillen geliebt sein! Ist dies so schwer zu verstehen?“

Ein beifälliges Gemurmel ließ sich im Zuschauer-raum hören. Zum ersten Male bemerkte man so etwas wie eine Stimmung zugunsten des Angeklagten.

Da ließ sich die scharfe kalte Stimme des Staatsanwalts hören:

„Und trotz dieser romantischen Liebe beherrschte Sie, als Sie von der Ankunft Ihrer Frau hörten, nur der Gedanke, ob auch Ihr Nebenbuhler hier sei? Wollen Sie uns wenigstens diesen Widerspruch erklären, Angeklagter?“

Lorwestens Augen hefteten sich last auf den Sprecher. Dann antwortete er ruhig:

„Es ist kein Widerspruch. Ich wollte nur wissen, ob Chambers mitaekommen sei, weil mir diese Tat-

ten. Diese Beipflichten betragen je nach der Kinderzahl 15 bis 50 Mark.

SCB Tübingen, 18. Febr. Anlässlich des 100. Geburtstages von Josef Viktor von Scheffel hatte die Verbindung Tegel, der der Dichter ehrenhalber angehörte, ihr Haus auf dem Schloßberg magisch beleuchtet; weiterhin klang das Scheffellied: „Mit Seidelberg, du Feine“ ins Redartal hinab.

## Ans Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

### Berliner Briefstube.

100 holl. Gulden	168,53 Mk.
100 franz. Fr.	15,32 Mk.
100 schweiz. Frk.	80,98 Mk.

### Börsenbericht.

Stuttgart, 18. Febr. Die Börse lag heute ziemlich schwach und die Kurse gaben teils nach, teils konnten sie sich behaupten.

Produktenbörsen- und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern e. V.

### Berliner Produktenbörsen vom 18. Februar.

Weizen märk. 245—248; pomm. 245—248; Roggen märk. 142 bis 147; pomm. 142—146; Sommergerste 166—190; Wintergerste 137—153; Hafer märk. 154—164; Weizenmehl 32,25—35,50; Roggenmehl 21,5—23,5; Weizenkleie 10,5; Roggenkleie 9,20—9,40; Vitoriaerbsen 26—33,5; kleine Speiseerbsen 23—25; Futtererbsen 21—23; Pelusiererbsen 20,5—21,5; Ackerbohnen 19,5—20,5; Widen 21,5—23,5; blaue Lupinen 12—13; gelbe Lupinen 14—15; Rapskuchen 14,20—14,75; Reinkuchen 19—20; Trodenknäuel 8,10 bis 8,30; Kartoffelflocken 14—14,30; Tendenz: stetig.

### Export und Inlandsabfah.

In dem Monatsbericht der Disconto-Gesellschaft Berlin vom 15. Januar 1926 finden wir folgende Feststellung:

„Wir brauchen Export unserer Industrieerzeugnisse, um damit die Rohstoffzufuhr zu bezahlen; aber Export kann für unsere ausgedehnten Industrien, zumal angesichts der skizzierten handelspolitischen Lage, nie ausreichenden Ersatz für mangelnden Inlandsabfah sein. Man wird sogar weiter gehen müssen: Erst wenn erhöhter Inlandsabfah eine bessere Ausnutzung des Produktionsapparates gewährleistet, kann zugleich die eintretende Selbstkostenverringerung der Hebung der Ausfuhr zugute kommen. In diesem Sinne besteht in der Produktionskrumpfung, welche die jüngste Verschärfung der Wirtschaftskrise zweifellos mit sich gebracht hat, eine besondere Gefahr.“

In der Vorkriegszeit war unsere Industrie ganz und gar auf den Innenmarkt eingestellt. Der Uberschuß wurde, oft erheblich unter dem Inlandspreis, auf die Auslandsmärkte geworfen. Die Tendenz ging dahin, die Rente der Industrie auf dem heimischen Markte zu suchen, im Inlande die Preise höher zu halten, wie im Auslande, um die Einbuße an den Lieferungen ins Ausland wett zu machen. So kam in der Vorkriegszeit die riesenhafte Steigerung unserer Ausfuhr zustande. Die Ausfuhrprämie war in der Kalkulation der Inlandspreise enthalten. Heute lehren viele unserer positivistisch orientierten Nationalökonomien, insbesondere die jüngsten Vertreter der Wissenschaft auf den Kathedern der Universitäten zu Teil, daß ein Ding nur dort erzeugt werden darf, wo die Herstellung am billigsten ist. Nun sind Getreide, Gemüse, Obst, Wein u. dgl. im Auslande billiger herzustellen als bei uns. Folgerichtig muß die Produktion dieser Dinge bei uns aufhören. So das Diktum der Wissenschaft. Man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß unser Weinbau dieser grauen Theorie geopfert worden ist. Da er nicht nur das Schicksal des Weinbaues durch diese Theorie besiegelt wird, sondern auch die Landwirtschaft, soweit sie Gemüse, Obst und Fleisch produziert, in harte Mitleidsenschaft gezogen wird, wird durch die Anwendung dieser Theorie unser Innenmarkt schwer geschädigt. Unser Arbeitslohnheer der Gegenwart ist zum Teil schon eine Folge der Minderberufung der Kaufkraft der Bauern und Winzer. Wenn die wissenschaftliche Theorie einmal in der Praxis konsequent Anwendung gefunden hat, dann werden wir vor einem Trümmerfeld der deutschen Wirtschaft stehen.

Der Vorstand der Disconto-Gesellschaft in Berlin hat diese Zusammenhänge erkannt. Hoffentlich wird es in anderen Kreisen nicht erst Licht, wenn es zu spät ist.

## Stuttgarter Schlachtviehmarkt.

Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 31 Ochsen, 9 Bullen, 75 Jungbullen, 80 Jungrinder (unv. 10), 22 Kühe, 294 Kälber, 516 Schweine. Erlös aus je ein Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 43—46 (letzter Markt: 43 bis 45), 2. 30—40 (unverändert), Bullen 1. 44—46 (43—46), 2. 39—42 (39—41), Jungrinder 1. 48 (unv.), 2. 41 bis 46 (unv.), 3. 34—39 (32—38), Kühe 1. 43—38 (unv.), 2. 18 bis 27 (17—27), 3. 12—17 (12—16), Kälber 1. 62—74 (70 bis 72), 2. 66—70 (64—68), 3. 58—64 (55—62), Schafe 1. 70—74 (unv.), 2. 35—60 (35—38), Schweine 1. 81—83 (80 bis 82), 2. 80—82 (80—81), 3. 79—80 (78—79), Sauen 60 bis 72 (58—70) M. Marktverlauf: bei Großvieh langsam, sonst mäßig belebt.

### Pferdemarkt.

SCB Gerabronn, 18. Febr. Dem hier abgehaltenen Pferdemarkt wurden etwa 90 Pferde zugeführt. Wie anderwärts, so konnte auch hier eine starke Kaufmull hergestellt werden. Es wurden nur wenige Käufe abgeschlossen. Das Pferdemarktmaterial war durchweg gut, so daß 27 Pferde prämiert werden konnten.

### Viehpreise.

Gaildorf: Ochsen und Stiere 350—550; Kühe 180—550; Rinder und Jungvieh 135—470 M. — Herrenberg: Ochsen 600 bis 700; trächtige Kühe 550—600; Milchkuhe 450—520; Schlachtkühe 200—350; Kalbinnen 540—660; Jungrinder und Stiere 120 bis 550 M. — Rottenburg: Ochsen 480—630; Stiere 350—450; Kühe 180—340; Kalbinnen 540—630; Rinder 140—300 M. — Weilerstadt: Ochsen 600—700; Einstellvieh 145—310; Stiere 300 bis 550; Kalbinnen 380—600; Kühe 250—550 M. das Stück.

### Schweinepreise.

Bopfingen: Läufer 45—60, Saugschweine 25—40 M. — Buchau: Ferkel 35—40 M. — Herrenberg: Milchschweine 35—42, Läufer 52—65 M. — Niederstetten: Saugschweine 32—43 M. — Heilbronn: Milchschweine 25—35, Läufer 55—70 M. — Oberpfersfeld: Milchschweine 25—33 M. — Rottenburg: Milchschweine 35—47, Läufer 62 M. — Tuttingen: Milchschweine 30—42 M. — Waldsee: Milchschweine 40—50 M.

### Ehlinger Baummarkt.

Der Baummarkt hat nun wieder begonnen und wird bis auf weiteres Mittwoch und Samstag stattfinden. Die Zufuhr war reichlich, hauptsächlich von Weilheim her, der Absatz aber ganz gering; die Witterung sei noch nicht günstig für den Baumabfah. Apfel- und Birnbäume galten 2—2,50, Zwetschgen und Kirschchen 1—1,30, Zwergbäume 1—1,50 M.

## Kirchliche Nachrichten.

### Ev. Gottesdienst.

am Sonntag Invokavit, 21. Febr., Landesbistag. 8. U. 21.

10 Uhr: Predigt (Text: Römer 12, 21), Stefan Zeller. Anschl. Beichte und hl. Abendmahl. Kirchengesangverein: „Herr sieh uns mit Erbarmen an!“ Eingangslied: 303, Rehe wieder. 11 Uhr: Sonntagsschule. 1 Uhr: Christenlehre (Söhne 2. Bezirk). 5 Uhr: Abendpredigt (Text: Jak. 4, 4) in der Kirche, Stadtpf. Lang.

Donnerstag, 25. Febr. 8 Uhr: Bibelstunde.

Freitag, 26. Febr.: Lichtbildervortrag im Vereinshaus von Inspektor Gugeler-Stammheim. (Anzeige erfolgt noch.)

### Kath. Gottesdienst.

Sonntag 21. Febr.

8 Uhr: Frühmesse mit Homilie. 10 Uhr: Predigt und Amt. 2 Uhr: Andacht.

Montag: 8 Uhr: Gottesdienst in Bad Liebenzell.

Werktag hl. Messe 1/8 Uhr.

### Gottesdienste der Methodisten-Gemeinde.

Sonntag 21. Febr.

Vorm. 9.30 Uhr: Predigt, Fißler. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Abends 5 Uhr: Predigt, Pinf.

Mittwoch, 8 Uhr: Bibelstunde, Pinf.

Stammheim: vorm. 10 Uhr: Predigt, Pinf. Nachm. 1.30 Uhr: Zeugnisgottesdienst.

Mittwoch: 8 Uhr: Bibelstunde, Fißler.

ihrer ersten Aussage, die sich, was Torwesten anbetraf, mit der Anlage deckte.

„Wie kamen Sie damals hinter Chambers her nach der Villa Solitudo?“ fragte der Staatsanwalt John Lutton. „Wußten Sie, daß und warum er dahin wollte?“

„Ich vermutete es. Er war schon den ganzen Tag sehr aufgeregt und gleich nach der Vorstellung erklärte er, zu Torwesten zu müssen. Aus seinen Worten war zu entnehmen, daß er nach der Villa bestellt sei. Mein Bruder und ich folgten ihm sehr besorgt, weil wir den Haß der beiden gegeneinander kannten. Später schickte ich meinen jüngeren Bruder wieder zurück, weil er mir zu aufgeregt für ein Verhörungsverfah schien. Leider kam ich selbst zu spät.“

Es entspann sich nun eine Debatte zwischen Dr. Herrlinger und dem Staatsanwalt. Ersterer suchte an der Hand medizinischer Bücher die Wirkungen des Morphium zu erklären, letzterer behauptete, Torwestens angebliche Verwirrtheit habe nur dazu gedient, um seine anfängliche Ratlosigkeit zu bemänteln. Später habe er eben sein Verteidigungssystem erst ausgebaut.“

Herrlinger bestand auf die Vernehmung Fräulein Sieberts als Zeugin für den Zustand, in dem sie seinen Klienten auffand, und ferner für die Unterredung des jüngeren Lutton mit seiner Schwester am Glashaus.

Siebt wurde gerufen. Sie war sehr schüchtern u. etwas verwirrt durch die auf sie gerichteten Blicke so vieler Menschen. Als sie aber dann einen Blick auf Torwesten warf, der in sich zusammengefallen darsah, sagte sie sich gewaltsam und berichtete in schlichten Worten alles, was sich ereignet hatte von ihrem Verlassen der „Drei Linden“ an, bis zur Auffindung Torwestens in der Gärtnerei.

Im Saal herrschte lautlose Stille. Alle folgten ihren Worten mit gespanntester Aufmerksamkeit. In den meisten Gesichtern las man Teilnahme und Verwunderung, aber auch — Unglauben. (K. f.)

Stadtgemeinde Calw.  
**Aufwertung  
 des Anleihealtbesizes.**  
 Fristablauf: 28. Februar 1926, Anmeldung ist  
 deshalb unverzüglich vorzunehmen! Näheres  
 siehe Anschlag am Rathaus.  
 Calw, den 18. Februar 1926.  
 Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Gemeinde Würzbach  
 Oberamt Calw.  
**Forchten-Stammholz-Verkauf.**  
 Aus dem Gemeindegeld  
 wald Abtlg. Becherberg  
 Lu. III, Zimmer 1, Hardt 1,  
 Klöhberg 1 kommen im  
 schriftlichen Aufstreich in  
 4 Losen zum Verkauf:  
 Langholz 148 St. I.—V. Kl. 224,46 Sm.  
 Sägholz 11 St. I.—III. Klasse 14,12 Sm.

Die unterschriebenen Angebote in ganzen Pro-  
 zenten der Landesgrundpreise vom 1. Dezbr. 1925  
 ausgedrückt, wollen verschlossen mit der Aufschrift  
 „Angebot auf Stammholz“ bis Freitag, den  
 26. Februar 1926, nachmittags 3 Uhr  
 beim Schultheißenamt eingereicht werden, wo auch  
 die Bedingungen aufliegen. Ueber den Zuschlag  
 wird sofort Bescheid erteilt. Losverzeichnis durch  
 Waldmeister Fenchel.

**Fischwasser-Verpachtung.**  
 Die Gemeinde Neuhausen  
 und das Forstamt Liebenzell  
 verpachten am Montag, den 22. d. M. nachmittags 2 Uhr  
 im hiesigen Rathaus das Fischwasser des Ronbachs auf  
 12 Jahre (23. April 1926 bis dahin 1938) wozu Liebhaber  
 freundlichst eingeladen werden.  
 Neuhausen, 13. Februar 1926.  
 Der Gemeinderat: H i r n.

Calw, den 19. Februar 1926.  
**Dankfagung.**  
 Für die überaus wohlthuende Teilnahme  
 und die vielen Liebeserweisungen, die wir  
 anlässlich des so raschen Heimgangs meiner  
 lieben Gattin, unserer lieben, treubeforgten  
 Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Christine Keller**   
 geb. Schleich  
 in so reichem Maße erfahren durften, für die  
 trostreichen Worte des Herrn Dekan Keller,  
 den erhebenden Gesang des verehrten Kirchen-  
 chors, den Herren Ehrenträgern für den letzten  
 Liebesdienst und die zahlreiche Begleitung zu  
 ihrer letzten Ruhestätte, sagen auf diesem  
 Wege herzlichsten Dank.  
 Die trauernden Hinterbliebenen:  
 der Gatte: **Philipp Keller**, Mesner,  
 mit Kindern.

Oberkornwangen, 18. Febr. 1926.  
**Dankfagung.**  
  
 Für die vielen Beweise herzlichster Teil-  
 nahme, die wir bei dem Heimgang unserer  
 treubeforgten Gattin, Mutter, Schwiegermutter,  
 Großmutter und Schwester  
**Christine Greule**  
 geb. Lörcher  
 in so reichem Maße erfahren durften, dem  
 Herrn Pfarrer Gutbrod für die trostreichen  
 Worte am Grabe, dem Herrn Oberlehrer  
 Jörger mit seinem Kirchenchor, den Herren  
 Ehrenträgern, für die vielen Kranzspenden  
 und für die zahlreiche Begleitung zu ihrer  
 letzten Ruhestätte sprechen wir unsern herz-  
 lichsten Dank aus.  
 Im Namen der trauernd. Hinterbliebenen  
 der Gatte: **Jakob Greule.**

Der Kaninchenzuchtverein Calw u. Umgeb.  
 hält am Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr,  
 bei Mitglied Kirchherr, Vorstadt, seine  
**Generalversammlung**  
 ab. Tagesordnung nach den Vereinsstatuten.  
 NB. Der Ausschuss wird um 2 Uhr gebeten. Der Vorstand.

**Lichtspiel-Theater  
 Bad. Hof**  
 Morgen Samstag abend 8 Uhr  
 sowie Montag abend 8 Uhr  
 Die große Sensation:  
**Mister Radio**  
 In der Hauptrolle: **Albertini**  
 6 Akte mit Belprogramm  
 Sonntag findet  
 keine Vorführung statt.

**Bad Liebenzell.**  
**Bergebung von Bauarbeiten.**  
 Die bei der Renovierung des Oberen Bades, Besitzer  
 W. Dekker, anfallenden  
**Gipfer- und Maler-Arbeiten**  
 sollen im Akkord vergeben werden.  
 Pläne und Beschriebe liegen bei Herrn Dekker zur  
 Einsicht auf. Offerten sind dabeiselt bis Dienstag, den  
 23. ds., abends 6 Uhr, abzugeben.  
 J. v. G. Metzger, Architekt, Bforzheim,  
 Wimpfenstraße 1.

**Konfirmanden-Hüte**  
 in schwarz, blau, braun, grau  
 empfiehlt zu billigsten  
 Preisen  
**W. Schäberle**  
 Spez.- Hut- und Mähengeschäft

**Consum-  
 Verein Calw.**  
**Garten- u. Blumen-  
 Samen**  
 eingetroffen.  
 Große Auswahl!  
 Beste Keimfähigkeit!

**Gesangbücher**  
 in großer Auswahl und in allen Preislagen.  
 In den nächsten Tagen erscheint die  
**Schmuck-Ausgabe  
 des Gesangbuches**  
 mit Bildern von Rud. Schäfer.  
 Preis Mk. 7.50 Mk. 10.— Mk. 13.—  
 und Mk. 15.—  
**Evang. Buchhandlung  
 Carl Spambalg**  
 Hermannstraße — Telefon 189

Reichsbund der Kriegs-  
 beschädigten, Kriegsteil-  
 nehmer u. Kriegshinter-  
 bliebenen, Ortsgr. Calw.  
 Samstag, den 20. Febr.  
 1926, abends 8 Uhr  
**Monats-  
 Versammlung**  
 bei Kamerad Scheuerle  
 z. „Bären“.  
 Um vollständiges Erscheinen  
 wird gebeten. Der Vorstand.

**Bienenzüchter-Ver.  
 Calw.**  
 Heute Abend 8 Uhr  
**Versammlung**  
 bei Kirchherr (Vorstadt).  
**B. G.**  
**Chor- u. Orchester-  
 Probe**  
 am Freitag, den 19. ds.  
 8.15., abends 8 Uhr  
 im „Bädischen Hof“

**Eierteigwaren**  
 Breite und schmale  
 Nudeln  
 Hörnle  
 Nibele  
 Hohlhübeln  
 (Spätzle)  
 Makkaroni  
 und Spaghetti  
 empfiehlt  
**Hermann Schürle.**

**Brockmanns  
 Futter-Kalk**  
 Marke B. für Vieh und  
 Schweine das Allerbeste,  
 sowie die  
**Salzleckerollen**  
 zum Abhären empfiehlt  
 Fr. Holz  
 Oberreichenbach.

Ispringen.  
 Suche auf 1. März ein  
 fleißiges und ehrliches  
**Mädchen**  
 17—18 Jahre alt bei Fa-  
 milien-Anschluss für Küche  
 und Haushalt bei guter Be-  
 zahlung.  
 Frau Vetter z. „Alder“.

**Mädchen**  
 oder ältere Person für Haus-  
 und Landwirtschaft gesucht,  
 keine Stallarbeit, familiäre  
 Behandlung. Auskunft er-  
 teilt die Geschäftsf. ds. Bl.

Kräftiger, arbeitswilliger  
**Man**  
 in Gartenarbeit bewandert,  
 z. Aushilfe sofort gesucht.  
 Von wem, sagt die Ge-  
 schäftsf. ds. Bl.

**Mostrosinen**  
 und spanische  
**Traubenrosinen**  
 Fr. Lamparter.  
 Einen bereits neuen  
**Ruhwagen**  
 verkauft  
 Fr. Schauble, Schmied,  
 Stammheim.

**Für Sturm und Regen**  
 große Auswahl Gummimäntel,  
 Lodenmäntel, Windjacken, Pelserinen,  
 Damenwindjacken  
 in allen Größen zu günstigen Preisen  
**Paul Rüdtele, Calw.**

**Alfred Pfeiffer**  
 — Baumaterialienhandlung —  
**Calw und Althengstett**  
 — Telefon Calw Nr. 97 —  
 Ausführung von Wand- u. Bodenbelagen  
 Um- und Eindecken von alten und neuen  
 Dächern durch Facharbeiter  
 Großes Lager in sämtl. Baumaterialien  
 Waggonweiser Verkauf zu Fabrikpreisen

Empfehle verschiedene  
 Sorten  
**K A F F E E**  
 das Pfd.  
 von 3.20—4.50 Mk.  
**FR. LAMPARTER**

Schulranzen  
 Ledergamaschen  
 Lederstulpen  
 Lederpulswärmer  
 Plaidriemen  
**Reicheri**  
 Ja, das weiß bald jeder,  
 ist bekannt für gutes Leder.

**Linoleum  
 und  
 Triolin**  
 für Boden-, Wand- und Tischbelag  
 Teppiche // Läufer // Vorlagen  
 Vertretung d. größten Werke dieser Erzeugnisse  
**Emil G. Widmaier**  
 Bahnhofstraße

Ab heute steht ein Transport schöner,  
 hochträgiger  
**Kalbinnen  
 und Kühe**  
 sowie 2 Paar  
**Schafftiere**  
 und 1 Zuchtstier in meiner Stallung  
 wozu Kauf- und Tauschliebhaber freund-  
 lichst einladet  
**J. Lörcher z. Hirsch, Unterhangstett  
 Station Liebenzell.**



Feinsten  
**Bienen-Honig**  
 das Pfd. M. 1.80 verkauft  
**Hans Stürner.**  
 FürWiederverkäufer billiger.  
 Ein starkes  
**LäuferSchwein**  
 verkauft  
 Weber, Bäcker,  
 Neubulach.

**Salzziegel  
 Schwemmsteine  
 Zement  
 Schwarzkalk  
 Rheinsand**  
 habe wieder auf Lager am  
 Bahnhof Althengstett  
**Samuel Vetter  
 G e h i n g e n.**